

alle Kundgebungen der panslawistischen Schreier in Petersburg als hochwichtige politische Ereignisse. Man könnte ihm dies Vergnügen lassen, wenn nicht in dieser Art der Berichterstattung die Tendenz ersichtlich wäre, die Gefahren, die Deutschland von russischer Seite drohen, ungeheuer aufzuhäuschen. In seiner leichten Wochenübersicht veröffentlicht Professor Schiemann die Zuschrift eines „patriotischen Russen“ über die Lage in Rußland, eine Zuschrift, von der Schiemann ausdrücklich bemerkt, daß ihr Inhalt „mit allem stimmt, was uns aus anderer Quelle bekannt ist“. Soweit nun der Autor der Zuschrift die höhere Gesellschaft in Rußland als „bodenlos feige, in slobaristischem Vorleben physisch und moralisch degeneriert“ und den allerhöchsten Hof als von „charakterlosen Generaluniformen tragenden, sporenflitzen, neuraistischen Weibern“ wimmelnd bezeichnet, brauchen wir ihm nicht zu widersprechen, da er seine Kreise gut zu kennen scheint. Anders aber ist es, wenn er und mit ihm Professor Schiemann der russischen Sozialdemokratie deutschfeindliche, kriegsbeherzige Gesinnungen zuschreien sucht und unbekümmert um die Wahrheit daraufschreibt:

„Das bekannte von Marx ausgegangene Schlagwort: Proletariat aller Länder vereint sich! hat in neuerer Zeit in Rußland eine ganz charakteristische Erweiterung erfahren. Die Proletarier und Anhänger des Marxismus auf anarchistischer Grundlage führen jetzt alle Kräfte, die ihnen zur Verwirklichung ihrer individualistischen Zielen brauchbar erscheinen, heranzutreten. So suchen sie die dynamische Wirkung des Deutschen Reiches in Rußland sich dienstbar zu machen. Niemand wünscht bei uns so feindselig einen kriegerischen Zusammenschluß mit Deutschland, als die sozial-revolutionären und anarchistisch gesinnten Kreise.“

Zum Schluß der Zuschrift, für deren Richtigkeit sich der Gehilfe der Atenzeitung verbürgt, wird allen Kreisen versichert, die revolutionären Organisationen in Rußland warteten nur auf eine kriegerische Niederlage, um eine „sozialdemokratische Republik“ einzuführen — ausgerechnet mit den liberalen Führern Joffe, Miljukow oder Rabow an der Spitze! Es ist kaum anzunehmen, daß dem Geschichtsprofessor Schiemann die augenhafte Sinnlosigkeit dieser Behauptungen unbekannt geblieben ist, ebenso wie die Tatsache, daß die Sozialdemokratie Rußlands unter den allerschwersten Bedingungen einen energischen, unerschrockenen Kampf gegen die nationalistischen Kriegsherrn, gegen alle kriegerischen Spekulationen führt. Bleibt also nur die Annahme, daß es dem konservativen Zentralorgan im gegenwärtigen Augenblick zweckmäßig erscheint, falsche Angaben über die Haltung der russischen Revolutionäre gegenüber Deutschland zu verbreiten, um für die neuen Rüstungsvorlagen Stimmung zu machen.

Die russischen Patrioten und die Polizeimute.

Petersburg, 2. April. Die Duma verhandelt heute über eine dringende Interpellation an den Minister des Innern wegen des Verhaltens der Petersburger Polizei, die mit Gewalt gegen die Teilnehmer einer slawenfreundlichen Demonstration vorgegangen war. Der Nationalist Swetloboff hob die Dringlichkeit der Interpellation hervor, indem er betonte, daß die russische Gesellschaft seit langer Zeit keine solche freudige Begeisterung gesehen hätte. Die Russen hätten sich der Freude ihrer Blutsbrüder anschließen und die Vertreter der sogenannten Völker begrüßen wollen. Die Regierung sei dieser edlen Aufwallung mit Polizeimut begegnet. Die Nationalisten hielten für das, was geschehen sei, nicht die eingeladenen Minister, sondern die allgemeine politische Richtung der gegenwärtigen Regierung für verantwortlich. Die Russen hielten den Beweis gefestigt, daß sie auf der Höhe seien, die Ereignisse zu verstehen, während die Regierung nichts anderes zu tun vermochte, als hinter dem österreichischen Triumphzug herzulaufen. Der Minister des Innern erklärte darauf, daß Stachendemonstrationen, welche den Verlust störten, nicht gebüdet werden könnten und durch angemessene, aber energische Maßregeln unterdrückt werden müßten. Der Minister teilte ferner mit, daß er seinen Beamten mit einer gründlichen und aufmerksamen Untersuchung über die Vorgänge vom 30. und 31. März betraut habe. Er werde die energischen Maßnahmen anwenden, um die Fortsetzung aufzuhalten. Wenn die hier gegen die Polizei vorgebrachten Anklagen sich als wahr erwiesen sollten, so würde er die strengste Bestrafung eintreten lassen. (Beifall auf der Rechten.)

Nachdem noch mehrere Abgeordnete gesprochen hatten, ergriff der Redakteur Robitschew das Wort. Seine Ausführungen riefen eine solche Unruhe auf der Rechten und bei den Nationalisten her, daß die Sitzung unter allgemeinem tumult ausgehoben wurde. Der Abgeordnete Robitschew wurde für fünf Sitzungen ausgeschlossen.

Deutsches Reich.

Nach den Ferien.

Der Reichstag ist heute aus den Osterferien zu neuer Tätigkeit zusammengetreten. Es braucht kaum hervorgehoben zu werden, daß das ganze Interesse sich auf die Wehrvorlage konzentriert, deren Behandlung ja auch den wichtigsten Teil der bevorstehenden Arbeiten bilden wird. Die Unterhaltung in den Wandergängen und in dem Plenum war denn auch fast schließlich diesem Gegenstand gewidmet, und nicht zum wenigsten der Disposition, die über die nächsten Debatten getroffen werden soll. Zum Augenblick, wo diese Seiten geschrieben werden, beruft der Seniorenonvent über die Arbeitsaufteilung dieser und der folgenden Wochen.

Der eigentliche Gegenstand der Tagessordnung wede dementsprechend nicht sehr viel Teilnahme im Hause und die Erörterung des freisinnigen Initiativaustrages auf Einschränkung der Zulassung ging vor sich, ohne viele Zuhörer an die Tribüne zu lassen. Herr Gossein begündete den Antrag seiner Fraktion mit einer energischen Stellungnahme gegen das Überhandnehmen der Familienabstimmung. Er gab eine gründliche Untersuchung der gegenwärtigen Verhältnisse, die geradezu für eine gefundene Besitzverteilung gefährdet ist, und er knüpfte die Mahnung an den Reichstag, mit der größten Entschiedenheit diesem Mißstand zusei zu gehen. Die Stellung unserer Fraktion wurde von dem Genossen Hierl begründet, der so Gelegenheit hatte, bei seinem ersten Auftreten im Reichstage eine ausführliche Darlegung der sozialistischen Aussicht eines der wichtigsten ökonomischen Probleme zu geben. Genosse Hierl behandelte die Frage zunächst vom Gesichtspunkt der Volksernährung aus, die durch die künftige Erhaltung des Großgrundbesitzes erheblich geschädigt wird, und er schloß daran den Nachweis der verhängnisvollen Entwicklung, die in den letzten Jahren auf diesem Gebiet zu verzeichnen war. Auch die politische Bedeutung dieser mittelalterlichen Einrichtung, die das preußische Seine namenlich mit Redensarten konservativer Agitatoren ausdrücklich schützt, wurde von dem sozialdemokratischen Redner mit scharfsinnigen Argumenten über die Rolle des Großgrund-

besitzes beleuchtet. Genosse Hierl setzte diesem System das sozialdemokratische Programm entgegen, das eine grundhafte Umgestaltung der gesamten Grund- und Bodenverteilung fordert, und er hob ausdrücklich hervor, daß wir zwar für den sozialistischen Antrag stimmen würden, aber in unseren Anschauungen und Forderungen weit darüber hinaus gehen.

Der nationalistische Redner, Herr Dr. Thoma, und der Fortschrittsredner, Herr Dr. Dove brachten gleichfalls Material gegen die Einrichtung der Zulassungsfrage vor, während der Redner des Zentrums, Herr Dr. Spahn, sich mit den Ausreden von einer angeblichen Unzulänglichkeit des Reichstags aus der Verlegenheit reihte. Das sagte nicht einmal der Reichspartei-Dietrich, der die peinliche Aufgabe hatte, die kontrervative Verteidigungssrede zu halten. Er führte seine Aufgabe mit vielen Witz und vielen Aberglauben aus, und man konnte ihn das Unbehagen deutlich anmerken. Seine schlechte Sache vertreten zu müssen. Die scheinbaren Gegenargumente, die er mit vieler Mühe und Not gesammelt hatte, wurden schließlich vom Genossen Bernstein in kurzen Bemerkungen widerlegt.

Der sozialistische Antrag wurde angenommen. Morgen berät der Reichstag über Rechnungsfällen und Petitionen. Vermutlich wird er dann erst nächste Woche zusammentreten, um die erste Lesung der Heeres- und Deckungsvorlagen zu beginnen.

Der Seniorenonvent des Reichstags

machte sich am Mittwoch schlüssig, daß die Pfingstferien spätestens am 3. Mai beginnen sollen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß sie wegen der preußischen Landtagswahlen schon mit dem 30. April einsetzen müssen. Bis dahin sollen die bisher alle 14 Tage gewährten freien Tage wegfallen. Es wurde gewünscht, daß bis Pfingsten der Etat fertig werde, und zwar soll, nachdem die Wehr- und Deckungsvorlagen im Plenum beraten sind, sofort mit der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes und dann mit der Beratung des Heeresetats begonnen werden. Am nächsten Freitag soll keine Plenarsitzung stattfinden, damit die Budgetkommission die Beratung des Etats fördern kann und außerdem die Fraktionen freie Zeit erhalten zur Beratung der Wehr- und Deckungsvorlagen. Am Sonnabend findet eine Plenarsitzung statt, in der die Veteranenbeihilfe zur Sprache kommen soll. In der Budgetkommission soll der Militäretat so gefördert werden, daß baldigt die Beratung im Plenum vor sich gegen kommt. Am Montag soll jedoch im Plenum des Reichstags mit der Beratung der neuen Militärvorlage begonnen werden, und zwar wird eine Trennung der Militär- von den Deckungsvorlagen geplant. Bei jedem Teile wird eine Generaldebatte stattfinden. Dann wurde noch darüber beraten, welche Kommission mit der Spezialberatung der Wehr- und der Deckungsvorlagen beauftragt werden soll. Im Seniorenonvent überwog die Meinung, daß die Wehrvorlage zunächst der Budgetkommission zugewiesen, dann aber nach der Wehr- auch die Deckungsvorlage von der Budgetkommission beraten werden müssen, weil die Finanzfragen ja eng mit der Wehrvorlage verknüpft seien und außerdem die Frage der Materialarbeitskräfte unbedingt von der Budgetkommission zu beraten sei. Die Wehrvorlagen werden als Nachtagsetat zum Militäretat vor das Plenum gebracht.

Die Bauern und die Militärlasten.

Während die großen führenden Zentralschläger, wie die Germania, den Flügelzirkus kräftig mitmachten, und die Herlingsche Bayrische Staatszeitung mit Bezug auf die Opposition gegen die Militärvorlage von Krämer- und Philistergeist gesprochen hat, herrscht bekanntlich in weiten Kreisen des bayrischen Zentrums ein großer Mißmut über die gezwungenen Lasten, die dem deutschen Volke auferlegt werden sollen. Jetzt hat der bekannte Zentralschläger Dr. Heim, der in einem scharfen Gegensatz zu Herrn von Herling steht, unter dem Titel „Um der Gerechtigkeit willen“ eine Schrift veröffentlicht, in der er auf Grund einer mit Hilfe der Obmannschaften der bayrischen Bauernvereine ausgenommenen Erkundung die schweren Belastungen der bäuerlichen Bevölkerung durch den Militärismus schildert. Dr. Heim hat 1848 Familien ermittelt, die mehr als 4 Söhne für den Heeresdienst stellten. Im Durchschnitt wurden einem Soldaten während der zweijährigen Dienstzeit rund 330 R. an Geld und Naturalien von zu Hause überlandt. Dazu kommt noch, daß für einen Sohn, der zum Militär eingezogen wurde, in der meisten Fällen ein Knecht in die Wirtschaft eingesetzt werden mußte, ein Umstand, der die Kosten für die Familie um das doppelte oder dreifache erhöhte. Es lägen, so berichtet Dr. Heim in seiner Schrift, Schilderungen vor, aus denen genau zu erkennen sei, wie mit Soldaten reichsgesetzte Familien wirtschaftlich mit jedem Sohne zurückgingen. Dr. Heim schreibt schließlich folgendes:

„Es ist die höchste Zeit, daß auf die Belastung der Familien durch die Dienstpflicht im weitgehenden Umfang Rücksicht genommen wird. Gelegenheit hierzu bietet sich in Hülle und Fülle. Vor allem müssen steuerliche Rücksichten genommen werden, sowie es sich um direkte Staatssteuern handelt. Die Reichsvermögensabgabe bietet die erste Gelegenheit. Besonders aber muß beim Militär selbst Rücksicht genommen werden. Es ist ein durchaus billiges Verlangen, wenn Söhne von Eltern, deren Einkommen nachweisbar eine gewisse Höchstgrenze nicht übersteigt, und die bereits mehrere Söhne zum Militär gestellt haben, wenigstens eine erhöhte Zahlung beziehen. So wären den Eltern wenigstens jene Vorgeschäftsabschüsse erlaubt, die sie ihren Söhnen in die Kostenrechnungen müßten. Je größer die Zahl der Söhne aus einer Familie ist, die ihrer aktiven Militärschaft genügen, um so höher muß der Löhnungsaufschlag sein. Für Eltern, die außerdem noch in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen sind, muß entweder die Freigabe des Sohnes erleichtert werden, oder es müssen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Familien, die durch Entzug eines Sohnes wirtschaftlich gefährdet werden, vor dem Untergang zu bewahren.“

Die Schrift des Herrn Dr. Heim zeigt recht deutlich, wie schlecht die Interessen der bäuerlichen Bevölkerung vom Zentrum vertreten werden. Selbst wenn den Bauern bei der einmaligen Vermögensabgabe oder bei irgend einer anderen Steuer einige Erleichterungen verschafft werden, viel würde ihnen dadurch nicht geholfen. Wirkliche durchgreifende Hilfe kann ihnen nur werden, wenn der an unserer Volkskraft zehrende Militärismus aufdringlich gebrängt wird.

Alein die Sozialdemokratie geht dem Militärismus ernsthaft zu Leibe, während das Zentrum sich ihm mit Haut und Haaren verschreibt hat. Die Sozialdemokratie ist eben die einzige Partei, die die Interessen der arbeitenden Massen in Stadt und Land energisch vertreibt.

Die Furcht vor freier Liebe.

Der preußische Dreiklassenlandtag will über den großen Kämpfen des Tages nicht vergessen sein. Kurz vor seinem Hinscheiden will er sich der Welt noch einmal in seiner ganzen Glorie zeigen. Und so hat er sich am letzten Mittwoch wieder einmal in jener Kunst produziert, in der seine eigentliche Stärke liegt: in einer bedenkenlosen Ritterkampfung der Würde, einer brutalen Misshandlung nicht bloß der unglücklichen Regeln parlamentarischen Anstands, sondern auch der geschriebenen der selbst gegebenen Geschäftsordnung. Es hatte dem hohen Hause schon am Dienstag abend beliebt zu beschließen, beim Etat eine allgemeine Vereinbarung beim Kapitel Ministergehalt nicht zu zulassen. Ein derartiges Verbot, zu einem Etat die dazu gehörigen Ausführungen zu machen, ist eine beispiellose Peinerung in der Geschichte des Parlamentarismus und selbstverständlich auch ein erstaunlicher Bruch der Geschäftsordnung, die den Gang der Beratung regelt, um die ordnungsgemäße Beratung zu ermöglichen, nicht aber sie zu unterdrücken. Mit genau demselben Fleiß, mit dem der Würde diesmal unterlagt worden ist, beim Titel Ministergehalt die Gesamtigkeit des Ministers zu kritisieren, könnte man die Vereinbarung jedes anderen Gegenstandes verbieten und das Parlament zu einem Kloster schweigen der Könige verwandeln.

Das geradezu unglaubliche Verhalten des Präsidenten Grafen Schwerin-Löwitz hat dabei deutlich gezeigt, daß der Fehler nicht an Personen, sondern im System liegt. Graf Schwerin, der sein Amt mit dem guten Vorjahre angetreten hatte, ein unparteiischer Präsident zu sein, ist völlig zum Vüttel der Würde geworden, und die Art, wie er den geschäftsordnungswidrigen Wehrbeschluß gegen den Genossen Hoffmann zur Ausführung brachte, erinnert an die schlimmsten Zeiten der Kröcher und der Erffa. Auch ihm ließ das Bewußtsein der rechtlichen Unhaltbarkeit seines Standpunktes vollständig den Kopf verlieren, so daß er einen Punkt nach dem anderen losließ und wohl nicht ohne stille und grimmige Schämung die Belehrungen des Genossen Hoffmann über die Geschäftsordnung annehmen mußte.

Schließlich errang natürlich die Würde den üblichen Sieg und die brutale Zahl triumphierte über Vernunft und Geschäftsordnung. Es ist merkwürdig, daß nirgends von dem Gewaltreicht der größeren Zahl ein stupider Gebrauch gemacht wird, als in diesem Hause, dessen Würde sich auf feinerlei Rechtsmittel berufen kann. Diese Erleben des Dreiklassenwahlrechts treibt die eingeborene Scheu vor freien Auseinandersetzung zu immer neuen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Würde. Und so steht der Standort wie am Eingang zu auch am Ausgang ihrer gegenwärtigen Wirksamkeit.

Die Würde eines wirklich vom Volke gewählten Parlaments würde sich solche Sprünge nicht erlauben dürfen, am allerwenigsten am Vorabend der Neuwahlen. Ein Sturm des Unwillens müßte sie hinweglegen. Der Junker tut, was ihm beliebt, er wird ja nicht von den Wählern kontrolliert, sondern umgekehrt — er kontrolliert sie bei der öffentlichen Abstimmung. Das Dreiklassenwahlrecht vernichtet mit dem Wahlrecht der Staatsbürger auch die Freiheit der Würde, die Würde der Scheinwahlen setzt sich um in Würde der Parlamentsmehrheit wie in Würde der Verwaltung. Es ist die Negation jeglichen Rechts.

Offiziöse Dämpfung der patriotischen Presse.

Die harrapathische Presse kann nicht schnell genug jeden Fortschritt auf dem Gebiete der Rüstungen zu Wasser und zu Lande in den höchsten Freudentönen bei ihren Lesern anbringen. Siegelt sich doch auch darin die Wehrkraft des deutschen Vaterlandes“ wider. Mitteilungen dieser Presse über militärische Vorgänge der letzten Zeit scheinen nun aber in den oberen Regionen arg verschwommen zu haben, und so wendet sich die offizielle Norddeutsche Allgemeine Zeitung in längeren Ausführungen gegen diese Presstonen.

Das Kanzlerblatt beginnt mit einem Lob der englischen Fliegerei und der englischen Presse, die über die gewaltige Fortschritte, die das englische Flugwesen gemacht habe, schwiegen konnten, bis am 19. März d. J. der englische Kriegsminister das Ausland mit der Mitteilung überraschte, England besitzt die besten Aeroplanen der Welt und verfüge bereits über eine Flotte von 101 Militärapparaten, deren Typ weit vollkommen sei, als der irgend einer andern Macht. Dann heißt es in der Nord. Allg. Fltg. weiter:

Solche politische Diplomie im nationalen Interesse läßt leider ein großer Teil der deutschen Presse noch vermissen. In dem sie noch vielfach den Wunsch, das Sensationsbedürfnis ihrer Leserschaft zu befriedigen, höher stellt als die im nationalen Interesse gebotene Zurückhaltung, bemüht sie sich um möglichst genaue und ausführliche Meldungen über alle Vorgänge, die mit der deutschen Luftschiffahrt in Verbindung stehen. Und auch über solche, die ein rein militärisches Interesse haben und aus Bildern der Landesverteidigung unbedingt gehalten gehalten werden müßten. — Das gleiche gilt auch hinsichtlich anderer militärischer Neuerungen und Stagen der Heeresorganisation.“

Es wird schließlich an die Presse ohne Unterliezen der Partei die Würde gerichtet, häufig weder Nachrichten über Errungenschaften und Verbesserungen auf dem Gebiete der Bewaffnung und Ausrüstung des Heeres, noch über Übungen solcher Spezialtruppen zu veröffentlichen, von denen man annimmt, daß sie denen anderer Armeen überlegen sind.

Die Presse, die von der Sensationslust ihrer Leser erfüllt und die vornehmlich in Patriotismus macht, wird sich um den Appell nicht sonderlich kümmern.

Die einheitlichen Reichstagswahlurnen.

Dem Reichstage ist der bereits früher angekündigte Entwurf einer Bekanntmachung über die Aenderung des Wahlreglements vom 28. Mai 1870, wie er vom Bundesrat beschlossen worden ist, zur Beschlussfassung zugestellt worden. Er soll den vom Reichstag wiederholt in Resolutionen ausgesprochenen Wünschen nach gedreher Sicherheit des Wahlgeheimnisses bei den Reichstagswahlen durch Einheitlichkeit in allen Wahlurnen von bestimmter Beschaffenheit entsprechen. Von den vielen Mustern von Wahlgeschäften, die dem Reichsrat des Innern zugegangen sind, ist ein Uniform gewählt worden, der durch seine Höhe und Größe die Garantie bietet, daß ein überbrechliches und regelmäßiges Schichten der Stimmenkette verhindert wird. Die Wahlurne besteht nach dem neuen § 11 des zu ändernden Wahlreglements hinsichtlich aus einem bieredigen Kasten von mindestens 90 Centimeter Höhe, der im Lichten mindestens 15 Centimeter breit ist und im Deckel zum Einsetzen des Stimmenkettenschiebes einen höchstens 2 Centimeter breitem